

B-PLAN „GEWERBEBEGEBT AM BAHNHOF“

Präambel
Auf Grund des § 1 Abs. 3 und des § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) i.V.m. § 46 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) hat der Rat der Gemeinde diesen Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung und den nachstehenden / nebenstehenden / obenstehenden / untenstehenden Festsetzungen, als Satzung beschlossen.

Aufstellungsbeschluss
Der Rat/Verwaltungsausschuss der Gemeinde hat in seiner Sitzung am ... die Aufstellung des Bebauungsplans beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am ... ortsbekannt gemacht.

Planunterlage
Kartengrundlage: Liegenschaftskarte: Maßstab: 1:1000 Die Verwirklichung ist nur für eigene, nicht gewerbliche Zwecke gestattet (§ 13 Abs. 4 des Nieders. Vermessungs- und Katastergesetzes vom 02.07.1989, Nds. GVBl. S. 187, geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 19.09.1999, Nds. GVBl. S. 348). Die Planunterlage entspricht dem Inhalt der Liegenschaftskarten und weist die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 07/1997). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei. Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grenzen in die Öffentlichkeit ist einwandfrei möglich.

Öffentliche Auslegung
Der Rat/Verwaltungsausschuss der Gemeinde hat in seiner Sitzung am ... dem Entwurf des Bebauungsplans und der Begründung zugestimmt und seine öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB/ § 2 Abs. 3 Satz 1 erster Halbsatz i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am ... ortsbekannt gemacht. Der Entwurf des Bebauungsplans und der Begründung haben vom ... bis ... gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt.

Erneute öffentliche Auslegung/Einschränkung
Der Rat/Verwaltungsausschuss der Gemeinde hat in seiner Sitzung am ... dem geänderten Entwurf des Bebauungsplans und der Begründung zugestimmt und die erneute öffentliche Auslegung mit Einschränkung gemäß § 3 Abs. 3 Satz 1 zweiter Halbsatz BauGB beschlossen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am ... ortsbekannt gemacht. Der Entwurf des Bebauungsplans und der Begründung haben vom ... bis ... gemäß § 3 Abs. 3 Satz 1 BauGB öffentlich ausgelegt.

Planverfasser
Der Entwurf des Bebauungsplans wurde ausgearbeitet von:
Gifhorn, den 19.08.2002
Dipl.-Ing. Waldemar Goltz
Architekt - Stadtplaner
Am Altenland 6
38518 Gifhorn

Angfertigt am Juli 1997
Auftrag Nr. 978014
Gemarkung Wahrenholz
Flur 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100
Dipl.-Ing. JÜRGEN ERDMANN
Öffentlich beauftragter Vermessungsplaner
Bachwall 16
Telefon: 3851871, Telefax: 3851870
38518 GIFHORN

Planzeichenerklärung

Art der baulichen Nutzung
§ 9 Abs. 1 Nr. 1 des Baugesetzbuches (BauGB), §§ 1 bis 11 der BauNutzungsverordnung (BauNVO)
[Symbol] Gewerbegebiete (§ 8 BauNVO)
siehe textliche Festsetzung Nr. 1

Maß der baulichen Nutzung
§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 16 BauNVO
[Symbol] GRZ Grundflächenzahl
[Symbol] II Zahl der Vollgeschosse, als Höchstmaß
[Symbol] h_{max} Höhe baulicher Anlagen, als Höchstmaß, in m über einem Bezugspunkt
siehe textliche Festsetzung Nr. 2

Bauweise, Bauführen, Baugrenzen
§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, §§ 22 und 23 BauNVO
[Symbol] a abweichende Bauweise
siehe textliche Festsetzung Nr. 3
[Symbol] Baugrenze

Verkehrsmittelflächen
§ 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB
[Symbol] Straßenverkehrsflächen
[Symbol] Straßenbegrenzungslinie
[Symbol] Bereich ohne Ein- und Ausfahrt

Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung sowie für Ablagerungen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 12, 14 und Abs. 6 BauGB)

[Symbol] Flächen für Versorgungsanlagen
[Symbol] Sichtdreieck
Zweckbestimmung: Elektrizität
Zweckbestimmung: Wasser (Regenrückhaltebecken)
siehe textliche Festsetzung Nr. 4
[Symbol] Hauptversorgungs- und Hauptabwasserleitungen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB)
[Symbol] Druckleitung, Abwasser - unterirdisch
[Symbol] Wasserflächen, Gräben

Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft
(§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und Abs. 6 BauGB)

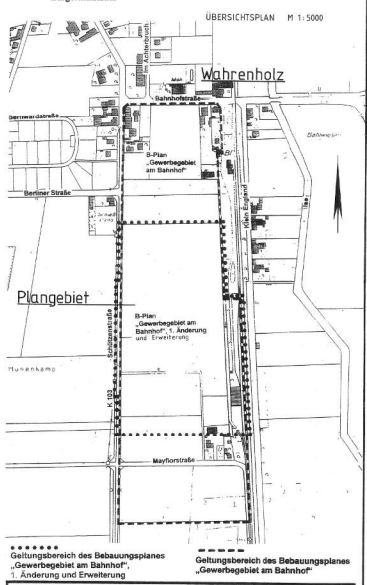
[Symbol] Wasserrflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses
(§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB)
[Symbol] Wasserflächen, Gräben
[Symbol] Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft
(§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und Abs. 6 BauGB)
[Symbol] Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft
siehe textliche Festsetzung Nr. 5
[Symbol] zu erhaltende Bäume
siehe textliche Festsetzung Nr. 6

Sonstige Planzeichen

[Symbol] Mit Geh-, Fahr und Leitungsräumen zu belastende Flächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 und Abs. 6 BauGB)
[Symbol] Begünstigter Ver- und Entsorgungsträger sowie der jeweilige Grundstückseigentümer
[Symbol] Sichtdreieck
Von jeglicher Sichtbehinderung (Bebauung und Bewuchs) in mehr als 0,80 m Höhe über Fahrbahnoberkante jederzeit freizuhalten. Hier von ausgenommen sind Einzelbäume mit einem Kronenansatz nicht unter 2,50 m
[Symbol] Grenze des räumlichen Geltungsbereiches (§ 9 Abs. 7 BauGB)
[Symbol] Geltungsbereich des seit dem 29.01.1999 rechtsverbindlichen Bebauungsplans „Gewerbegebiet am Bahnhof“
[Symbol] Ortsdurchfahrtsgrenze
[Symbol] Nachrichtlich
[Symbol] Umgrenzung von Schutzgebieten und Schutzobjekten in Sinne des Naturschutzrechts
(§ 9 Abs. 6 BauGB)
[Symbol] Landschaftsschutzgebiet „Ostheide“
[Symbol] Umgrenzung der Flächen mit wasserrechtlichen Festsetzungen
„Gewerbegebiet am Bahnhof“
Bauverbotszone gem. § 24 des Nieders. Straßengesetzes, 20,0 m gemessen von befestigten Fahrbahnrand der K 103

Textliche Festsetzungen

- Im Gewerbegebiet (GE) werden die gem. § 8 Abs. 3 Nr. 1 BauNVO ausnahmsweise zulässigen Wohnwagen für Auslastungs- und Betriebsarbeiten sowie für Betriebsarbeiten und Betriebsarbeiten, die dem Gewerbebetrieb zugeordnet sind gegenüber in Grundfläche und Baumasse zugeordnet sind, zugelassen. Es sind nur solche Nutzungen zulässig, bei denen der Betreiber nachweist, dass an der Grenze der gewerblichen Nutzung zum angrenzenden Gewerbegebiet folgende Schallschutzmaßnahme eingehalten wird:
tagsüber (8.00 Uhr bis 22.00 Uhr) 60 dB (A);
nachts (22.00 Uhr bis 8.00 Uhr) 45 dB (A).
- Die Firsthöhe der baulichen Anlagen darf maximal 12 m über dem Bezugspunkt liegen. Von dieser Höhenbegrenzung ausgenommen sind auf dem Dach angebrachte Antennen, Werbemittel und Hausdachantennen sowie technische Bauteile wie Aufzugsanlagen und Silos. Bezugspunkt ist die mittlere Höhenlage des zugehörigen Straßenschnittes / Fahrbahnachse - für das jeweilige Grundstück.
- Abweichend von der offenen Bauweise sind Gebäude über 50 m Länge zulässig.
- Innerhalb der Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung sowie für Ablagerungen ist die Errichtung eines Regenrückhaltebeckens zulässig. Lage, Größe und Beschaffenheit richten sich nach den wasserwirtschaftlichen Erfordernissen gemäß der hydraulischen Berechnung.
- Innerhalb der Flächen mit der zeichnerischen Festsetzung nach § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB ist eine Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern wie folgt vorzunehmen:
a) Zu pflanzen sind nur standortgerechte Bäume und Sträucher.
(siehe hierzu die Begründung als Anlage beigefügte Gehölzswahlhilfe)
b) Für die Bäume sind je 100 m² Pflanzfläche 1 Baum mit einem Stammumfang von mind. 10 - 12 cm (gemessen 1 m über Erdoberfläche) anzupflanzen.
c) Bei den Sträuchern ist je 2 m² Pflanzfläche 1 Gehölz zu pflanzen; es sind mind. 3 verschiedene Gehölzarten in Gruppen von mind. 3 Stück anzupflanzen.
d) Auf den Baugrundstücken sind je angefangene 100 m² versiegelte Fläche (überbaute Fläche für die Hauptgebäude und Nebengebäude sowie Grundstücke, befestigungen) ein Laubbäumchen wie unter a. und b. festgelegt, anzupflanzen. Wahlweise können je Laubbäumchen 3 Überläubäume angepflanzt werden.
e) Die Gehölze sind zu unterhalten und in Falle ihres Abganges durch neue zu ersetzen.



Gemeinde Wahrenholz
Ortsteil Wahrenholz
Belegexemplar
Entwurf Bebauungsplan
„Gewerbegebiet am Bahnhof“,
1. Änderung und Erweiterung

Verfahrensnummern § 4 (1) § 3 (2) + § 3 (3)

Maßstab 1:1.000
Dipl.-Ing. Waldemar Goltz
Architekt - Stadtplaner
Am Altenland 6
38518 Gifhorn
Datum: 19.08.2002
gezeichnet: